



Die steigenden Energiekosten bereiten vielen Haushalten Sorge.

Foto: Klaus-Dietmar Gabbert/dpa-Zentralbild/dpa

Meinungsumfrage im Auftrag der baden-württembergischen Tageszeitungen.
Heute: Die Auswirkungen des Ukraine-Kriegs auf die Energieversorgung

Sparsamkeit, Kernkraft und Windrad

STUTTGART/ALLENSBACH.

VON ULRIKE TRAMPUS

Die Baden-Württemberger sind in Sorge um die Energieversorgung in Deutschland. „Die gestiegenen Preise für Sprit, Heizöl, Gas und Strom belasten die Haushalte immens“, ergab eine repräsentative Umfrage, die die baden-württembergischen Tageszeitungen gemeinsam beim Institut für Demoskopie Allensbach in der Reihe „BaWü-Check“ in Auftrag gegeben haben. Die Meinungsforscher vom Bodensee befragten dafür Ende März 1057 Menschen über 18 Jahre zu ihrem Umgang mit der Energiekrise.

Jeder Vierte gab an, dass ihn die aktuellen Energiepreise in finanzielle Schwierigkeiten bringen. 62 Prozent sehen sich davon belas-

tet, glauben aber, dass sie es finanziell noch aushalten können. Was die Spritkosten anbelangt, haben die Leute im Land eine klare Vorstellung, wie Abhilfe geschaffen werden könnte: durch Steuersenkungen. 69 Prozent möchten, dass der Staat die Abgaben auf Benzin und Diesel reduziert. Der von Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) vorgeschlagene Tankrabatt indessen fällt bei ihnen durch. Nur zwölf Prozent halten diesen Zuschuss für eine gute Idee, elf Prozent wünschen sich sogar, dass der Staat hier überhaupt nicht eingreift.

Auch Energiesparen ziehen die Baden-Württemberger in Betracht, um die Kosten zu senken. 54 Prozent kündigen an, sich generell einschränken und spar-



• **BaWü-Check**

Was treibt die Baden-Württemberger um, wie bewerten sie die Stimmung im Land? Das wollen die Tageszeitungen aus Baden-Württemberg in einer gemeinsamen Umfrage, dem BaWü-Check, wissen und arbeiten seit 2021 dafür mit dem Institut für Demoskopie Allensbach zusammen.

samer leben zu wollen. 45 Prozent wollen weniger oder sparsamer (34 Prozent) Auto fahren. Aber nicht unbedingt langsamer: Ein vorübergehendes Limit von Tempo 100 auf Autobahnen hält die Mehrheit (47 Prozent) für keine gute Idee, 37 Prozent jedoch könnten sich damit anfreunden, 16 Prozent sind da noch unentschieden. Der öffentliche Nahverkehr kann auch nicht auf verstärkten Zulauf hoffen. Nur 18 Prozent nehmen sich vor, öfter mit Bus oder Bahn unterwegs zu sein.

Danach gefragt, an welcher Stelle das Land sparen könnte, fällt es nach Auskunft der Meinungsforscher vielen Befragten schwer, konkrete Bereiche zu nennen. „Am ehesten sollte das Land aus Sicht seiner Bürger bei

den Ausgaben für Großprojekte sparsamer sein“, heißt es aus Allensbach.

Erstaunlich: Gerade zwei Prestigeprojekte der im Land regierenden Grünen, nämlich der Ausstieg aus der Atomkraft und die Bürgerbeteiligung, sind den Baden-Württembergern angesichts der Energiekrise nicht mehr so wichtig. Um die Energiesicherheit zu garantieren, möchten 57 Prozent, dass das Kernkraftwerk Neckarwestheim II nicht wie geplant Ende des Jahres vom Netz geht, sondern länger weiterläuft. Fast genauso vielen Befragten, 55 Prozent, ist außerdem ein rascher Ausbau der Windkraft wichtig. Auch wenn dafür die Einspruchsmöglichkeiten der Bürger gegen die Windmühlen in der eigenen Nachbarschaft begrenzt würden.



Das Atomkraftwerk Neckarwestheim II soll Ende des Jahres vom Netz gehen. 57 Prozent der Befragten möchten, dass es länger läuft, 28 sind für die planmäßige Abschaltung. Je jünger die Befragten sind, desto skeptischer sind sie jedoch gegenüber der Kernkraft.



In der Windkraft sehen die Baden-Württemberger künftig einen wichtigen Energielieferanten. 60 Prozent sprechen sich für einen raschen Ausbau aus. 58 Prozent geben an, dass es sie nicht stören würde, wenn in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft ein Windrad aufgestellt würde, 24 Prozent sehen sich gestört.



Ein Tempolimit von 100 km/h auf Autobahnen kommt bei den Baden-Württembergern nicht an: 47 Prozent halten dies für keinen guten Vorschlag, 37 Prozent schon. Die Mehrheit (52 Prozent) derjenigen, die ein Tempolimit unterstützt, fährt gar kein Auto.

62 %

der Befragten sehen sich durch die steigenden Energiepreise belastet, bezeichnen sie aber als finanziell aushaltbar. 25 Prozent jedoch geben an, dadurch in große finanzielle Schwierigkeiten zu geraten.

55 %

der Befragten finden es gut, dass es für Bürger weniger Einspruchsmöglichkeiten gegen Windkraftanlagen geben soll. 26 Prozent sind skeptisch. Winfried Kretschmann möchte so Genehmigungsverfahren verkürzen.

69 %

möchten, dass die Steuern auf Benzin und Diesel gesenkt werden, um den hohen Spritpreisen entgegenzuwirken. Nur zwölf Prozent sind dafür beim Tanken einen Zuschuss oder Rabatt zu bekommen.

67 %

der Baden-Württemberger blicken mit großer Besorgnis oder Skepsis auf die kommenden zwölf Monate. Diese gründen sich auf den Ukraine-Krieg, die steigende Inflation und die Angst um die Energiesicherheit.

18 %

der Baden-Württemberger nehmen sich vor, öfter den öffentlichen Nahverkehr zu nutzen, um den gestiegenen Energiepreisen entgegenzuwirken. Für eine höhere Pendlerpauschale sprechen sich nur acht Prozent aus.

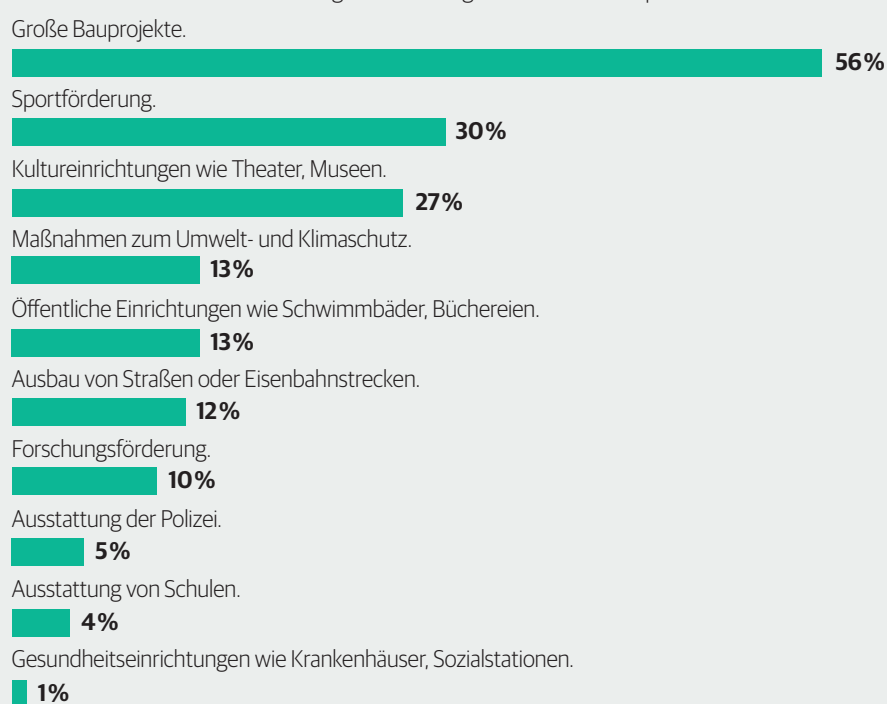
Stimmungslage

Sorgen und Befürchtungen statt Hoffnung

Der Angriffskrieg Wladimir Putins auf die Ukraine und die damit verbundenen Folgen für die Energieversorgung und die Wirtschaft schlagen den Baden-Württembergern aufs Gemüt. Nur noch knapp jeder vierte Bürger im Land sieht den kommenden Monaten mit Hoffnung entgegen, Skepsis (33 Prozent) und Befürchtungen (34 Prozent) überwiegen. Seit 1949 untersucht das Institut für Demoskopie Allensbach in bundesweiten Untersuchungen die Stimmungslage der Bevölkerung. „Nie zuvor war der Zukunftsoptimismus derart niedrig wie zur Zeit“, stellen die Meinungsforscher anlässlich der gemeinsamen Umfrage der baden-württembergischen Tageszeitungen fest. (tr)

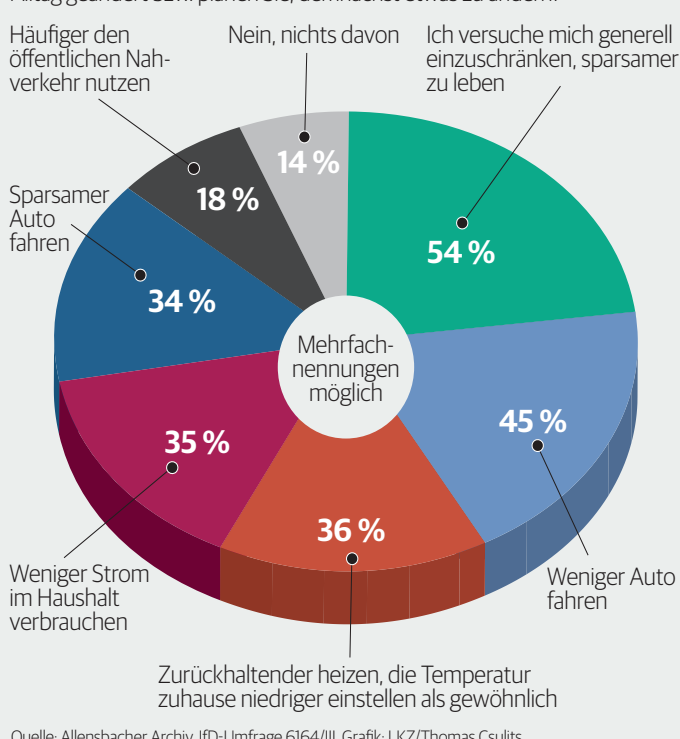
Einsparpotentiale des Landes

Frage: „Aufgrund der aktuellen Krisen haben nicht nur der Bund, sondern auch die Länder deutlich höhere Ausgaben als geplant. Wenn aufgrund der Mehrausgaben gespart werden muss: Wo sollte Baden-Württemberg Ihrer Meinung nach am ehesten sparen?“



Genutzte Einsparpotentiale im Alltag

Frage: „Haben Sie wegen der gestiegenen Energiepreise etwas in Ihrem Alltag geändert bzw. planen Sie, demnächst etwas zu ändern?“



Quelle: Allensbacher Archiv, I/D-Umfrage 6164/III, Grafik: LKZ/Thomas Csulits